

## EIN BEITRAG VON ALEXANDRA BILAK, DIREKTORIN DES *INTERNAL DISPLACEMENT MONITORING CENTRE (IDMC)*

[Fast 46 Millionen Menschen - nahezu doppelt so viele wie die Anzahl der Flüchtlinge weltweit - sind aufgrund von Konflikten und Gewalt innerhalb ihres eigenen Landes entwurzelt worden, und mehr als 5 Millionen als Folge von Katastrophen.](#)

In den letzten zwei Jahrzehnten war die weltweite Zahl der Binnenflüchtlinge (IDPs) noch nie so hoch wie heute.

Sei es in Städten wie Dhaka und Mogadischu oder in Flüchtlingslagern im Irak, in Syrien oder Afghanistan, oder in temporären Siedlungen im Nordosten Nigerias und Dörfern im Osten der Demokratischen Republik Kongo – überall gelten ähnlich schwierige Bedingungen. Eine große Anzahl der Binnenvertriebenen lebt mit Familien und Nachbarn auf engstem Raum und mit beschränktem Zugang zu einfacher Gesundheitsversorgung. Es fehlt an Wasser zum Trinken, Waschen und Kochen; sie können ihre Kinder nicht zur Schule schicken; sie haben Mühe, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen. Ihre Rechte als Bürger ihres Landes können sie nur begrenzt einfordern, sie erhalten oft weniger oder keine offiziellen Informationen, und es kann ihnen an Hoffnung fehlen. Sie gehören zu den am stärksten marginalisierten Menschen der Welt.

Während die Covid-19-Pandemie beginnt, die ärmsten und fragilsten Länder der Welt zu betreffen, wird diese Marginalisierung bald sehr deutlich werden.

Mit begrenzten Kapazitäten zum Testen ist die wirkliche Anzahl der Betroffenen weltweit unbekannt, aber die ersten Fälle von Coronavirus unter Binnenvertriebenen wurden bereits im Irak und in Burkina Faso registriert. In der letzten Woche wurden auch erste Fälle im Nordosten Nigerias bekanntgegeben, im Bundesstaat Borno, in dem 1,5 Millionen Binnenvertriebene in überfüllten Lagern leben.

Aufgrund des Coronavirus wurden Landesgrenzen in der Sahelzone geschlossen, mit verheerenden Folgen für zehntausende Menschen, die weiterhin vor islamistischer Gewalt in Burkina Faso, Mali, Niger und Nigeria fliehen.

Angesichts der Überschwemmungen in Ninewa im Irak, der sintflutartigen Regenfälle im Jemen, des Supersturm Harold im Pazifik und der Tornados in den Vereinigten Staaten stellt sich bereits die Frage, welche Maßnahmen angesichts von Katastrophen zu ergreifen sind, da Evakuierungszentren und Notunterkünfte wahrscheinlich die Verbreitung des Virus weiter begünstigen.

Wir können uns vorstellen, was in Ländern geschehen könnte, in denen die Infrastruktur, das Personal und die Ausrüstung des Gesundheitswesens bereits stark beansprucht sind. In weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara kommt auf 10.000 Menschen ein Arzt. In der Zentralafrikanischen Republik gibt es knapp 3 Beatmungsgeräte für 5 Millionen Menschen. Und im Jemen, das am 10. April seinen ersten Covid-19 Fall bekanntgab, sind über 14 Millionen Menschen unterernährt, haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und sind der Cholera und anderen lebensbedrohlichen Krankheiten ausgesetzt.

Wir stehen nun vor einer weiteren aufkommenden Krise, in der sich die schon existierende Benachteiligung der Vertriebenen und die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, durch die Auswirkungen dieses Virus vervielfachen werden.

Allein im Jahr 2019 wurden 24,9 Millionen neue Vertreibungen in 98 Ländern registriert, und weitere 8,5 Millionen durch Konflikte in 50 Ländern. Aber viele Millionen mehr liegen schon länger zurück. Heute, nach Jahrzehnten von Gewalt und Katastrophen, sind fast 3 Millionen Afghanen binnenvertrieben, und mehr als 30.000 Haitianer leben seit des Erdbebens von 2010 als Flüchtlinge im eigenen Land.

Der Preis der Binnenvertreibung ist bereits hoch. Letztes Jahr schätzten wir, dass 20 Milliarden USD pro Jahr benötigt werden, um die direkten Kosten für Unterkünfte, Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung zu decken. Hinzu kommen die indirekten Kosten im Zusammenhang mit verlorener Produktivität, Einkommensverlust und dem Verlust der Lebensgrundlagen, und die Rechnung wird um ein Vielfaches länger.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Immer mehr Regierungen auf der ganzen Welt ergreifen Maßnahmen, um neue Vertreibungen zu verhindern, Lösungen für die Vertriebenen zu finden und eine Umkehrung des heutigen Trends einzuleiten. Sie wissen was zu tun ist, sie haben die Fähigkeit zu handeln und vor allem den politischen Willen es zu tun.

Im Jahr 2019 unternahm eine Reihe von Ländern erste und wichtige Schritte, in dem sie im Rahmen ihrer nationalen Pläne öffentlich über Fortschritte bei der Bekämpfung der Binnenvertreibung berichteten. Aserbaidschan betont in seinem Bericht zu den globalen Entwicklungszielen, den SDGs, die Notwendigkeit bessere Daten zu sammeln und Binnenvertriebene in lokale und nationale Entwicklungsplanung miteinzubeziehen. Vanuatu erkennt in seiner neuen Strategie zur Katastrophenminimierung die speziellen Bedürfnisse der Binnenvertriebenen an und in Äthiopien und Somalia, die zusammen fast 4½ Millionen Binnenflüchtlinge beherbergen, wurden neue Programme und Koordinationsmechanismen eingeführt, um nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

Nationale Systeme zur Datenerhebung und Analyse von Vertreibung durch Naturgefahren wurden in Indonesien entwickelt, wo nach Erdbeben und Tsunamis im Jahr 2018 850.000 Menschen vertrieben wurden. In Mali ist die verstärkte Vertreibung im letzten Jahr zum Teil auf eine bessere Datenerfassung zurückzuführen.

Inzwischen zeigen fortschrittliche Frühwarnmechanismen und Maßnahmen zur Verringerung von Katastrophenrisiken, dass Leben gerettet werden können, wie wir auf den Philippinen, in Indien und Bangladesch gesehen haben. Fast alle der 3,5 Millionen Menschen, die im April 2019 durch den Zyklon Fani vertrieben wurden, konnten präventiv evakuiert werden, wodurch Zehntausende von Menschen gerettet werden konnten.

Die Covid-19 Pandemie zeigt uns ganz deutlich wer die verletzlichsten Menschen auf der Welt sind and warum das so ist. Unsere Hoffnung ist, dass Staaten in gleichem Maße, in dem sie auf diese grenzüberschreitende Krise reagieren, auch bereit sein werden, die Vertreibung innerhalb ihrer Grenzen zu beenden.

Sie haben bereits gezeigt, dass es möglich ist. Es wird nie einen besseren Grund oder einen besseren Zeitpunkt geben es richtig zu machen als jetzt.

**ENDE**

Alexandra Bilak ist Direktorin des Internal Displacement Monitoring Centre, das am 28. April 2020 den [Globalen Bericht über Binnenvertreibung 2020](#) veröffentlicht hat.